

Antrag

der Abgeordneten Monika Lazar, Irmingard Schewe-Gerigk, Kerstin Andreae, Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, Kai Boris Gehring, Britta Haßelmann, Undine Kurth (Quedlinburg), Jerzy Montag, Brigitte Pothmer, Claudia Roth (Augsburg), Silke Stokar von Neuforn, Dr. Harald Terpe, Wolfgang Wieland, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rechtsextremismus ernst nehmen – Bundesprogramme Civitas und entimon erhalten, Initiativen und Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit langfristig absichern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wachsen schleichend und unterhöhlen zunehmend den demokratischen Grundkonsens in Deutschland. Es gibt bereits ganze Orte oder Stadtteile, in denen eine rechts-extreme Jugendszene die dominierende, gelegentlich sogar die einzige zur Normalität gewordene Jugendkultur darstellt. Für Migrantinnen und Migranten, für ausländische Besucherinnen und Besucher oder für fremdländisch aussehende Deutsche und zunehmend auch für Andersdenkende sind diese Regionen Angstzonen. Der Verfassungsschutz warnt vor dem Anwachsen rechtsextremer Gewalt und weist auf bundesweit steigende Opferzahlen hin. In 134 Fällen fanden in den Jahren 1989 bis 2004 die Opfer den Tod. Wenn Neonazis ausländisch aussehende Menschen angreifen, schauen Zeugen oft schweigend weg. Dadurch fühlen sich die Täter bestätigt und halten ihr Vorgehen für legitim.

Das Erscheinungsbild der Neonazis hat sich geändert. Nicht alle tragen Springerstiefel und Bomberjacken. Aus der Mitte der Gesellschaft werden zunehmend demokratiefeindliche Haltungen vertreten. Die steigende Zahl rechts-extremer Mandatsträger in Kommunal- und Länderparlamenten in den vergangenen Jahren macht diese gefährliche Entwicklung für jeden erkennbar. Auch Ausländerhass in deutschen Fußballstadien sorgt häufig für Schlagzeilen. Fremdenfeindlichkeit scheint gesellschaftsfähig geworden zu sein, zumal sich rechts-extreme Organisationen zunehmend auch sozialer Themen annehmen und eine antikapitalistische Terminologie verwenden.

Rechtsextremismus ist ein gesamtdeutsches Phänomen mit großer Brisanz. In den neuen Bundesländern treten damit verbundene Probleme besonders verschärft auf. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist nur zu gewinnen, wenn alle staatlichen Ebenen und demokratischen Kräfte in der Gesellschaft zusammenwirken. Um Rechtsextremismus erfolgreich zu isolieren und zurück-zudrängen, muss ein breiter gesellschaftlicher Konsens gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hergestellt werden. Eine starke Zivilgesellschaft ist unverzichtbar. Die Bundesregierung trägt dabei eine besonders große Verantwortung

für das gesamte Land. Von ihr sind zu allen Zeiten entscheidende Impulse für die öffentliche Meinungsbildung ausgegangen. Auch Wirtschaft und Wissenschaft sind aufgefordert, sich aktiv gegen den Rechtsextremismus zu engagieren. Fremdenhass wird zunehmend zum Problem für den internationalisierten Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland, wenn sich ausländische Studierende, Forscher, Fachkräfte und Arbeitnehmer in manchen Regionen durch Rechtsextreme zunehmend bedroht fühlen. Leugnen und Verdrängen des Problems, wie es auf kommunaler Ebene aus Angst vor einem schlechten Standortimage häufig zu beobachten ist, erhöht die Gefahr, dass sich demokratiefeindliches Denken und rechtsextreme Strukturen verfestigen.

Der Einsatz gegen Rechtsextremismus muss mit einem offensiven Werben für eine Kultur der Demokratie einhergehen. In vielen Regionen Deutschlands haben sich bereits Netzwerke von Initiativen gebildet, die Neonazis den kulturellen Kampf ansagen. Sie klären auf – z. B. auf Veranstaltungen, in Schulen und in öffentlichen Verwaltungen. Sie helfen Opfern rechtsextremer Gewalt, ihre schrecklichen Erlebnisse zu verarbeiten oder juristische Schritte einzuleiten. Sie tauschen sich untereinander aus und lernen voneinander, welche Gegenkonzepte wirksam sind. Diese zivilgesellschaftlichen Aktivitäten bilden eine Grundsäule unseres demokratischen Gemeinwesens. Sie brauchen Unterstützung und Förderung. Sie müssen weiter gestärkt werden.

Oft fehlen aber auch engagierte Menschen, die gegen die demokratiefeindlichen Entwicklungen vorgehen und die die demokratische Kultur stärken wollen, sowie die nötige Unterstützung von öffentlicher Seite. Gerade in solchen Regionen sind mobile Beratung und Opferhilfe, wie sie durch die Bundesprogramme bisher unterstützt werden, dringend notwendig. Eine inhaltliche Abwehrhaltung sowie die finanziell desolate Situation in vielen Ländern und Gemeinden sind oft Gründe dafür, dass die Initiativen vor Ort allein gelassen werden. Häufig ist es ihnen unmöglich, lokale Finanzzuweisungen zu erhalten. Derzeit beteiligen sich die Bundesländer an Einzelprojekten gegen Rechtsextremismus nur mit einer Finanzierung zwischen null und fünfzig Prozent. Vielfach ist kein Interesse vorhanden, sich finanziell stärker zu engagieren.

Auch wenn die Möglichkeiten des Bundes eingeschränkt sind, muss alles unternommen werden, um die Existenz der engagierten Initiativen und Vereine langfristig zu sichern. Unser Gemeinwesen kann es sich nicht leisten, dass diese kleinen Träger demokratischen Engagements ihre unverzichtbare Arbeit einstellen müssen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Bundesprogramme gegen den Rechtsextremismus in ihrem bewährten inhaltlichen Profil und mit einer besseren Mittelausstattung weiterzuführen;
- über die Modellprojektförderung hinaus dafür Sorge zu tragen, dass erfolgreiche Strukturprojekte, insbesondere die Mobilien Beratungsteams sowie die spezifischen Opferberatungsstellen, eine angemessene institutionelle Förderung erhalten, beispielsweise durch das Einrichten einer Stiftung mit Bundesbeteiligung oder durch Aufgabenerweiterung einer bereits bestehenden Stiftung;
- sich dafür einzusetzen, dass sich auch die öffentlichen Verantwortungsträger in den Ländern und Kommunen angemessen an der Finanzierung der Arbeit engagierter Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu beteiligen;
- alle Möglichkeiten auszunutzen, um auch weiterhin Finanzierungslösungen für Initiativen zu finden, die in ihrer Existenz gefährdet sind, weil in den Re-

gionen die bestehenden Probleme verharmlost und keine finanziellen Mittel für ihre Arbeit bereitgestellt werden;

- die Bürgerinnen und Bürger mehr als bisher zu stärkerem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu ermutigen und dieses Engagement für unsere demokratischen Grundwerte zu würdigen und anzuerkennen;
- einen Schwerpunkt ihrer Aufklärungs- und Informationsarbeit auf die Bereiche Schule und Jugendhilfe zu legen, um insbesondere Jugendliche und Heranwachsende für die Gefahren des Rechtsextremismus zu sensibilisieren und sie in ihrer Zivilcourage, ihrem demokratischen Bewusstsein und zivilgesellschaftlichen Engagement zu stärken;
- alle Versuche zurückzuweisen, zivilcouragierte Aktivisten gegen Rechtsextremismus zu diffamieren.

Berlin, den 17. Mai 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

